

Datenschutzerklärung

Gültig ab 10.10.2025

Präambel

SETECH FLOTTA Kft. legt großen Wert auf den Schutz der personenbezogenen Daten der mit ihr in Kontakt tretenden Personen und die Achtung ihres Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.

Zu diesem Zweck und unter Berücksichtigung der in diesem Zusammenhang erlassenen

- in der Europäischen Union geltenden Rechtsakte und vor allem die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, über den freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, im Folgenden: **DSGVO**) sowie
- den nationalen Rechtsvorschriften, darunter unter anderem dem Gesetz CXII von 2011 über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Informationsfreiheit (im Folgenden: **Info tv.**), den Bestimmungen des Gesetzes CVIII von 2001 über bestimmte Fragen des elektronischen Geschäftsverkehrs und der Dienste der Informationsgesellschaft,
- dem Gesetz LXVII. aus dem Jahr 2013 über die für die Benutzung von Autobahnen, Schnellstraßen und Hauptstraßen zu entrichtende, an die zurückgelegte Strecke angepasste Gebühr (im Folgenden: **Udvtv**) und dessen Durchführungsbestimmungen, insbesondere der Regierungsverordnung 209/2013. (VI. 18.) (im Folgenden: **Udvhr**)

zum Schutz personenbezogener Daten die folgenden Datenschutzbestimmungen:

1. Gegenstand der Richtlinie

Gegenstand dieser Richtlinie ist die Regelung der Praxis der SETECH FLOTTA Kft. als Datenverantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Absatz 7 der DSGVO (im Folgenden: **Unternehmen** oder **Datenverantwortlicher**) im Hinblick auf die Verarbeitung personenbezogener Daten.

2. Geltungsbereich der Richtlinie

Der Geltungsbereich dieser Richtlinie erstreckt sich auf die Mitglieder, Amtsträger und Beauftragten des Unternehmens sowie auf alle Daten, die von juristischen und nicht juristischen Personen zur Verwirklichung der Ziele und zur Ausübung der Tätigkeiten des Unternehmens gespeichert werden.

3. Auslegungsbestimmungen

Im Sinne dieser Verordnung gilt Folgendes:

3.1. Personenbezogene Daten:

Jede Information über eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person („betroffene Person“); Eine natürliche Person ist identifizierbar, wenn sie direkt oder indirekt, insbesondere anhand eines Identifikators wie eines Namens, einer Nummer, Standortdaten, eines Online-Identifikators oder eines oder mehrerer Faktoren, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind, identifiziert werden kann (Artikel 4 Absatz 1 DSGVO).

3.2. Datenverarbeitung:

Jede mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Verarbeitung oder alle derartigen Verarbeitungen, wie das Erheben, Erfassen, Organisieren, Ordnen, Speichern, Verarbeiten oder Verändern, Auslesen, Abfragen, Verwenden, Offenlegen durch Übermittlung, Verbreiten oder anderweitig Zugänglichmachen, Abgleichen oder Verknüpfen, Einschränken, Löschen oder Vernichten (Artikel 4 Absatz 2 DSGVO).

3.3. Verantwortlicher:

Jede natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet. Wenn die Zwecke und Mittel der Verarbeitung durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten festgelegt sind, kann das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten auch die besonderen Kriterien für die Bestimmung des Verantwortlichen oder des Vertreters festlegen (Artikel 4 Absatz 7 DSGVO).

3.4. Auftragsverarbeiter:

Jede natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder jede andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet (Artikel 4 Absatz 8 DSGVO).

3.5. Einwilligung der betroffenen Person:

Jedenfalls freiwillige, für den konkreten Fall, in voller Kenntnis der Sachlage und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung der betroffenen Person in Form einer Erklärung oder einer anderweitig eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist (Artikel 4 Absatz 11 DSGVO).

3.6. Datenschutzvorfall:

Eine Verletzung der Sicherheit, die zur versehentlichen oder unrechtmäßigen Vernichtung, zum Verlust, zur Veränderung, zur unbefugten Weitergabe oder zum unbefugten Zugriff auf übermittelte, gespeicherte oder anderweitig verarbeitete personenbezogene Daten führt (Artikel 4 Absatz 12 DSGVO).

3.7. Unternehmen:

Natürliche oder juristische Person, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, unabhängig von ihrer Rechtsform, einschließlich Personengesellschaften und Gesellschaften, die regelmäßig eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben (Artikel 4 Absatz 18 DSGVO).

4. Der Datenverantwortliche, die Datenverarbeiter und ihre Kontaktdaten

Daten und Kontaktdaten des Datenverantwortlichen:

- Name: **SETECH FLOTTA Kft**
- Vertreten durch: Csaba Potoczky, Geschäftsführer
- Sitz: 2161 Csomád, Liget utca 40.
- Postanschrift: das Gleiche
- Registrierungsnummer: 13 09 207970
- Bezeichnung des Registergerichts: Handelsregistergericht Budapest Környéki Törvényszék
- Steuernummer: 2411272-2-13
- E-Mail: info@setechflotta.hu

Datenschutzbeauftragter des Datenverantwortlichen:

- Name: **Ádám Gönci**
- Postanschrift: 2161 Csomád, Liget utca 40.
- E-Mail: info@setechflotta.hu

Daten und Kontaktdaten des Datenverarbeiters (Hosting):

- Name: **DOCCA Zrt.**
- Vertreten durch: Bálint Bekény Szilveszter
- Sitz: 1123 Budapest, Győri út 2/C 2. em. 6. ajtó
- Postanschrift: das Gleiche
- Registrierungsnummer: 01 10 141530
- Bezeichnung des Registergerichts: Handelsregistergericht der Hauptstadt
- Steuernummer: 27428014-2-43
- E-Mail: kontakt@docca.hu

Daten und Kontaktdaten des Datenverarbeiters (Hosting):

- Name: **HUNET Kft.**
- Vertreten durch: János Lőke, Geschäftsführer
- Sitz: 1123 Budapest, Győri út 2/C 2. Stock, Tür 6
- Postanschrift: das Gleiche
- Registrierungsnummer: 01 09 462043
- Bezeichnung des Registergerichts: Handelsregistergericht der Hauptstadt
- Steuernummer: 12060245-2-43
- E-Mail: cegkapu@hunet.ugykezo.hu

Weitere Datenverarbeiter:

Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Buchhaltung:

Bezeichnung des Datenverarbeiters: G.G.L.L.I Service Kft.

Sitz: 1117 Budapest, Irinyi József utca 4-20.

Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Hosting-Diensten und E-Mail-Korrespondenz:

Microsoft Corporation (Redmond, Washington 98052, USA)

<https://privacy.microsoft.com/hu-HU/>

Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Flottenverfolgungsdiensten:

Bezeichnung des Datenverarbeiters: Mobile LBS Korlátolt Felelősségű Társaság

Sitz: 7625 Pécs, István utca 7. 1. em. 6.,

Datenverarbeiter im Zusammenhang mit dem CRM-System des Unternehmens:

Bezeichnung des Datenverarbeiters: MiniCRM Zrt.

Sitz: 1075 Budapest, Madách Imre út 13-14

5. Grundsätze der Datenverarbeitung

5.1. Rechtmäßigkeit, faire Verfahren und Transparenz:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten muss rechtmäßig, fair und für die betroffene Person transparent erfolgen.

5.2. Zweckbindung:

Personenbezogene Daten dürfen nur für festgelegte, eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise verarbeitet werden. Eine Weiterverarbeitung für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche und historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke gilt gemäß Artikel 89 Absatz 1 nicht als mit dem ursprünglichen Zweck unvereinbar.

5.3. Datensparsamkeit:

Personenbezogene Daten müssen für die Zwecke der Verarbeitung angemessen und relevant sein und auf das erforderliche Maß beschränkt werden.

5.4. Richtigkeit:

Personenbezogene Daten müssen sachlich richtig und, soweit erforderlich, auf den neuesten Stand gebracht werden; es sind alle angemessenen Maßnahmen zu treffen, um unrichtige personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen oder zu berichtigen.

5.5. Begrenzte Speicherdauer:

Personenbezogene Daten sind in einer Form zu speichern, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Erreichung der Zwecke der

Verarbeitung erforderlich ist; eine längere Speicherung ist nur zulässig, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten gemäß Artikel 89 Absatz 1 für Zwecke der öffentlichen Archivierung, wissenschaftliche und historische Forschungszwecke oder statistische Zwecke erfolgt, wobei die in dieser Verordnung vorgesehenen geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen zu berücksichtigen sind.

5.6. Integrität und Vertraulichkeit:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten muss so erfolgen, dass durch geeignete technische oder organisatorische Maßnahmen die angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet ist, einschließlich des Schutzes vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung, versehentlichem Verlust, Zerstörung oder Beschädigung.

5.7. Rechenschaftspflicht:

Der Datenverantwortliche ist für die Einhaltung der in den Punkten 5.1 bis 5.6 genannten Grundsätze verantwortlich und muss in der Lage sein, diese Einhaltung nachzuweisen.

6. Umfang der verarbeiteten Daten, Zweck, Rechtsgrundlage und Dauer der Datenverarbeitung

6.1. Daten zur Erfassung der Mitarbeiter des Unternehmens

Die Gesellschaft verarbeitet die in Gesetz I/2012 über das Arbeitsgesetzbuch (im Folgenden: Mt.) und den Bestimmungen der einschlägigen steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften festgelegten Arbeitnehmerdaten.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses angegebenen Daten ist die Einwilligung der betroffenen Person und die Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen.

Umfang der verarbeiteten personenbezogenen Daten:

- Name des Arbeitnehmers,
- Geburtsort und -datum des Arbeitnehmers,
- Wohnort des Arbeitnehmers,
- Telefonnummer des Arbeitnehmers,
- E-Mail-Adresse des Arbeitnehmers
- weitere Angaben, die durch steuerrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Vorschriften festgelegt sind.

Löschungsfrist für die verarbeiteten Daten:

- Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist das Unternehmen als Arbeitgeber gemäß den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, die Daten des Arbeitnehmers für den darin festgelegten Zeitraum aufzubewahren; nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist löscht der Arbeitgeber die Daten.

6.2. Im Rahmen der Flottenüberwachungstätigkeit des Unternehmens möglicherweise verarbeitete personenbezogene Daten

Das Unternehmen bietet seinen Vertragspartnern (Kunden) einen Ortungsdienst (Flottenverfolgung) für Fahrzeuge oder andere Geräte an.

Standardmäßig verarbeitet das System keine personenbezogenen Daten, jedoch kann der Kunde als Nutzer in Einzelfällen eine natürliche Person (z. B. einen Fahrzeugführer) dem jeweiligen Gerät zuordnen, sodass das Unternehmen diese personenbezogenen Daten im Auftrag des Kunden als Datenverantwortlichen auf der Grundlage des Dienstleistungsvertrags als Datenverarbeiter verarbeiten kann.

Der Umfang und die Dauer der Datenverarbeitung werden ausschließlich vom Kunden festgelegt, wobei er die Dienstleistung jederzeit in der vom Dienstleister bereitgestellten Form in Anspruch nehmen kann und für die Unterrichtung der betroffenen Personen über diese Datenverarbeitung verantwortlich ist.

Im Übrigen gelten für die Verarbeitung der Daten im Flottenverfolgungssystem die Bestimmungen des Dienstleistungsvertrags. Nach Beendigung des Dienstleistungsvertrags und Übergabe der Daten an den Kunden löscht der Dienstleister die Daten nach Ablauf von 5 Jahren ab Vertragsende.

6.3. *Daten zur Registrierung der Führungskräfte des Unternehmens*

Geschäftsführer und Vertreter des Unternehmens ist der jeweilige Geschäftsführer des Unternehmens, d. h. der leitende Angestellte des Unternehmens.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung:

Freiwillige Einwilligung und Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen

- Die Daten der leitenden Amtsträger werden gemäß § 3:22 und § 3:26 (2) des Bürgerlichen Gesetzbuches (Ptk.) verarbeitet.

Umfang der verarbeiteten personenbezogenen Daten:

- Name des Geschäftsführers,
- Geburtsort und -datum des Geschäftsführers,
- Name der Mutter des Geschäftsführers,
- Wohnort des Geschäftsführers,

Zeitpunkt der Löschung der verarbeiteten Daten:

Das Unternehmen löscht die Daten des ehemaligen leitenden Angestellten gemäß § 3:24 und § 3:86 (2) des Bürgerlichen Gesetzbuches fünf Jahre nach Beendigung des Auftragsverhältnisses.

6.4. *Personenbezogene Daten der Vertreter und Ansprechpartner der Vertragspartner der Gesellschaft*

Zweck der Datenverarbeitung:

Vertreter und Ansprechpartner der Vertragspartner des Unternehmens, personenbezogene Daten, die vom Vertragspartner im Rahmen der Vertragserfüllung zur Verfügung gestellt wurden

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der DSGVO: Datenverarbeitung zur Erfüllung eines Vertrags, bei dem das Unternehmen eine der Parteien ist

Umfang der verarbeiteten Daten:

- Name der Vertreter und Ansprechpartner der Vertragspartner,
- Telefonnummern der Vertreter und Ansprechpartner der Vertragspartner,
- E-Mail-Adresse oder sonstige elektronische Kontaktdaten der Vertreter und Ansprechpartner der Vertragspartner.

Die vom Betroffenen angegebenen Daten werden vom Unternehmen nach Erbringung der Dienstleistung oder Erfüllung des Vertrags, spätestens jedoch 5 Jahre nach Beendigung des Vertrags gelöscht.

6.5 Personenbezogene Daten der von der Tätigkeit als Steuerberater betroffenen Personen

Das Unternehmen übt seine Tätigkeit als Steuerberater gemäß dem Udtv. auf der Grundlage des Udtv, Udvhr, der Vereinbarung mit der Nemzeti Útdíjfizetési Szolgáltató Zrt. (im Folgenden: NÚSZ) und der mit den Kunden geschlossenen Einzelverträge aus.

In diesen Rechtsverhältnissen gilt die Gesellschaft als von der NÚSZ als Datenverarbeiter beauftragter Datenverarbeiter, was vom Kunden im Rechtsverhältnis zwischen ihm und der NÚSZ akzeptiert wird. Als Steuererklärungshelfer verarbeitet das Unternehmen keine personenbezogenen Daten, mit den folgenden Ausnahmen, da die GPS-Koordinaten und Kennzeichen der den jeweiligen Kunden zugeordneten Fahrzeuge auf Unternehmensebene nicht mit natürlichen Personen oder deren Daten in Verbindung gebracht werden können.

Das Unternehmen darf personenbezogene Daten als Datenverarbeiter nur in Einzelfällen verarbeiten, wenn im Rahmen eines Kundendienstanrufs, einer Meldung bezüglich dieser Tätigkeit des Unternehmens oder der Untersuchung einer Beschwerde eine betroffene natürliche Person für das Unternehmen identifizierbar wird oder wenn der Kunde eine Privatperson und gleichzeitig der Nutzer (Fahrer) des betreffenden Fahrzeugs ist.

Die Daten werden vom Unternehmen für die Dauer der Erbringung der Dienstleistung oder der Vertragserfüllung, spätestens jedoch für einen Zeitraum von 5 Jahren nach Beendigung des Vertrags gespeichert.

6.6. Verarbeitung der Daten von Personen, die Informationen anfordern

Das Unternehmen unterhält zu Informationszwecken eine Website und einen Kundendienst. Wenn ein Besucher über die Website oder den Kundendienst weitere

Informationen anfordert, muss er zur Kontaktaufnahme folgende Angaben machen: seinen Namen, seine E-Mail-Adresse, seine Telefonnummer und, wenn er im Namen eines Unternehmens Kontakt aufnimmt, den Namen des Unternehmens. Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der DSGVO die Einwilligung der betroffenen Person. Das Unternehmen verarbeitet diese Daten für einen Zeitraum von 6 Monaten ab ihrem Eingang, sofern keine andere Rechtsgrundlage vorliegt.

7. Datenschutz- und Datensicherheitsmaßnahmen

Das Unternehmen muss die für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Erbringung der Dienstleistung eingesetzten IT-Tools so auswählen und betreiben, dass die verarbeiteten Daten für die Berechtigten zugänglich sind (Verfügbarkeit), ihre Authentizität und Authentifizierung gewährleistet ist (Authentizität der Datenverarbeitung), ihre Unveränderlichkeit nachweisbar ist (Datenintegrität) und sie vor unbefugtem Zugriff geschützt sind (Vertraulichkeit der Daten).

Das Unternehmen ist verpflichtet, durch technische, organisatorische und organisatorische Maßnahmen für die Sicherheit der Datenverarbeitung zu sorgen, die ein angemessenes Schutzniveau für die mit der Datenverarbeitung verbundenen Risiken bieten.

Das Unternehmen schützt die Daten durch geeignete Maßnahmen insbesondere vor unbefugtem Zugriff, Veränderung, Weitergabe, Veröffentlichung, Löschung oder Vernichtung sowie vor versehentlicher Vernichtung, Beschädigung und Unzugänglichkeit aufgrund von Änderungen der verwendeten Technik.

Zum Schutz der in verschiedenen Registern elektronisch verwalteten Datenbestände stellt das Unternehmen als Datenverantwortlicher bzw. im Rahmen seiner Tätigkeit als Datenverarbeiter durch geeignete technische Lösungen sicher, dass die in den Registern gespeicherten Daten – sofern dies nicht gesetzlich zulässig ist – nicht direkt miteinander verknüpft und den betroffenen Personen zugeordnet werden können.

Um ein angemessenes Sicherheitsniveau für die verarbeiteten personenbezogenen Daten zu gewährleisten, ergreift das Unternehmen technische und organisatorische Maßnahmen, die dem Umfang der durch die Datenverarbeitung bedingten Risiken – insbesondere im Zusammenhang mit der Verarbeitung besonderer Daten der betroffenen Personen – angemessen sind, und berücksichtigt bei deren Ausarbeitung und Umsetzung alle Umstände der Datenverarbeitung, insbesondere den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik, die Kosten der Umsetzung der Maßnahmen, die Art, den Umfang und die Zwecke der Datenverarbeitung sowie die Risiken unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit und Schwere für die Rechte der betroffenen Personen, die sich aus der Datenverarbeitung ergeben.

Mit den Maßnahmen wird sichergestellt

- den Ausschluss des Zugriffs unbefugter Personen auf die für die Datenverarbeitung verwendeten Mittel (im Folgenden: Datenverarbeitungssystem)
- die Verhinderung des unbefugten Lesens, Kopierens, Ändern oder Entferns von Datenträgern

- die Verhinderung der unbefugten Eingabe personenbezogener Daten in das Datenverarbeitungssystem sowie der unbefugten Kenntnisnahme, Änderung oder Löschung der darin gespeicherten personenbezogenen Daten,
- die Verhinderung der Nutzung der Datenverarbeitungssysteme durch unbefugte Personen mittels Datenübertragungsgeräten,
- die Gewährleistung, dass die zur Nutzung des Datenverarbeitungssystems berechtigten Personen ausschließlich auf die in der Zugangsberechtigung festgelegten personenbezogenen Daten zugreifen können,
- die Überprüfbarkeit und Feststellbarkeit, an welchen Empfänger personenbezogene Daten mittels Datenübertragungseinrichtungen weitergeleitet wurden oder weitergeleitet werden können bzw. zur Verfügung gestellt wurden oder zur Verfügung gestellt werden können,
- dass nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welchem Zeitpunkt von wem in das Datenverarbeitungssystem eingegeben wurden,
- die Verhinderung der unbefugten Kenntnisnahme, Vervielfältigung, Änderung oder Löschung personenbezogener Daten während ihrer Übermittlung oder während des Transports des Datenträgers,
- dass das Datenverarbeitungssystem im Falle einer Störung wiederhergestellt werden kann, sowie
- dass das Datenverarbeitungssystem funktionsfähig ist, dass Fehler, die während des Betriebs auftreten, gemeldet werden und dass die gespeicherten personenbezogenen Daten auch bei fehlerhafter Bedienung des Systems nicht verändert werden können.

8. Rechte der betroffenen Person

Die betroffene Person hat in Bezug auf ihre vom Datenverantwortlichen und dem in seinem Auftrag oder auf seine Anweisung handelnden Datenverarbeiter verarbeiteten personenbezogenen Daten das Recht:

- vor Beginn der Datenverarbeitung über die mit der Datenverarbeitung verbundenen Tatsachen informiert zu werden (Recht auf vorherige Information),
- auf Antrag vom Datenverantwortlichen seine personenbezogenen Daten und die mit deren Verarbeitung verbundenen Informationen zur Verfügung gestellt zu bekommen (Recht auf Auskunft),
- auf Antrag seine personenbezogenen Daten in den in Gesetz CXII von 2011 über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit festgelegten Fällen vom Datenverarbeiter berichtigen oder ergänzen zu lassen (Recht auf Berichtigung),
- auf Antrag und in den in Gesetz CXII von 2011 über das Recht auf Informationsselbstbestimmung und Informationsfreiheit festgelegten Fällen die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten durch den Datenverantwortlichen einschränken lässt (Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung),
- auf Antrag und in weiteren Fällen, die im Gesetz CXII von 2011 über das Recht auf Informationsselbstbestimmung und Informationsfreiheit festgelegt sind, seine

personenbezogenen Daten vom Datenverantwortlichen löschen lassen (Recht auf Löschung).

Die Durchsetzung der Rechte der betroffenen Personen und die Anträge der betroffenen Personen auf Ausübung dieser Rechte werden vom Datenverantwortlichen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gewährleistet und erfüllt.

8.1. Recht auf vorherige Information

Die von der Datenverarbeitung betroffene Person kann sich vor der Datenverarbeitung beim Datenverantwortlichen über die mit der Datenverarbeitung zusammenhängenden Fakten informieren. Auf Antrag der betroffenen Person teilt der Datenverantwortliche mit, ob ihre personenbezogenen Daten vom Datenverantwortlichen selbst oder von einem in seinem Auftrag oder auf seine Anweisung hin handelnden Datenverarbeiter verarbeitet werden.

Werden personenbezogene Daten über die betroffene Person

- bei der betroffenen Person erhoben werden, sind die Informationen und Daten, die der betroffenen Person zum Zeitpunkt der Erhebung der personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen sind, in Artikel 13 Absätze 1 bis 4 der DSGVO enthalten.
- nicht von der betroffenen Person erhoben werden, sind die Informationen, die das Unternehmen der betroffenen Person zur Verfügung stellen muss, in Artikel 14 Absätze 1 bis 5 der DSGVO enthalten.

Das Recht auf Auskunft kann schriftlich über die angegebenen Kontaktdaten des Unternehmens ausgeübt werden.

Auf Antrag der betroffenen Person kann die Information nach Überprüfung ihrer Identität auch mündlich erteilt werden.

8.2. Recht der betroffenen Person auf Auskunft

Die betroffene Person hat das Recht, vom Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu erhalten, ob ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, und wenn dies der Fall ist, hat sie das Recht auf Zugang zu den personenbezogenen Daten und zu folgenden Informationen:

- Zweck der Verarbeitung;
- die Kategorien der personenbezogenen Daten;
- die Kategorien von Empfängern, denen die personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder werden, insbesondere Empfänger in Drittländern und internationale Organisationen;
- die geplante Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten;
- das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung und das Recht auf Widerspruch;
- das Recht, eine Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde einzureichen;
- Informationen über die Datenquellen;
- die Tatsache der automatisierten Entscheidungsfindung, einschließlich Profiling, sowie verständliche Informationen über die angewandte Logik und die Bedeutung dieser Datenverarbeitung und die zu erwartenden Folgen für die betroffene Person.

Im Falle der Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation hat die betroffene Person das Recht, über die geeigneten Garantien für die Übermittlung informiert zu werden.

Das Unternehmen stellt der betroffenen Person eine Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Datenverarbeitung sind, zur Verfügung. Für weitere Kopien, die von der betroffenen Person angefordert werden, kann das Unternehmen eine angemessene Gebühr auf der Grundlage der Verwaltungskosten erheben. Auf Antrag der betroffenen Person stellt das Unternehmen die Informationen in elektronischer Form zur Verfügung.

8.3. Recht auf Berichtigung

Bei Ungenauigkeiten, Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten der von der Gesellschaft verarbeiteten personenbezogenen Daten werden diese – insbesondere auf Antrag der betroffenen Person – unverzüglich berichtigt oder ergänzt, sofern dies mit dem Zweck der Datenverarbeitung vereinbar ist, durch zusätzliche personenbezogene Daten, die von der betroffenen Person zur Verfügung gestellt wurden, oder durch eine Erklärung der betroffenen Person zu den verarbeiteten personenbezogenen Daten ergänzt (im Folgenden zusammenfassend als „Berichtigung“ bezeichnet).

Das Unternehmen ist von der Berichtigungspflicht befreit, wenn

- ihm keine genauen, zutreffenden und vollständigen personenbezogenen Daten zur Verfügung stehen und diese auch nicht von der betroffenen Person bereitgestellt werden oder
- die Richtigkeit der von der betroffenen Person zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann.

8.4. Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung

Über die Speicherung hinaus führt das Unternehmen andere Datenverarbeitungsvorgänge ausschließlich zum Zwecke der Durchsetzung der berechtigten Interessen der betroffenen Person oder gemäß den Bestimmungen von Gesetzen, internationalen Verträgen oder verbindlichen Rechtsakten der Europäischen Union durch, wenn

- die betroffene Person die Richtigkeit, Aktualität oder Vollständigkeit der von der Gesellschaft verarbeiteten personenbezogenen Daten bestreitet und die Richtigkeit, Aktualität oder Vollständigkeit der verarbeiteten personenbezogenen Daten nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, für die Dauer der Klärung der bestehenden Zweifel
- die Daten aufgrund der Rechtswidrigkeit der Datenverarbeitung gelöscht werden müssten, aber aufgrund einer schriftlichen Erklärung der betroffenen Person oder der dem Datenverantwortlichen vorliegenden Informationen berechtigterweise davon ausgegangen werden kann, dass die Löschung der Daten die berechtigten Interessen der betroffenen Person gemäß verletzen würde, für die Dauer des Bestehens des berechtigten Interesses, das die Nichtlöschung rechtfertigt,
- die Daten aufgrund der Rechtswidrigkeit der Datenverarbeitung gelöscht werden müssten, aber die Daten im Rahmen von gesetzlich festgelegten Untersuchungen oder Verfahren – insbesondere Strafverfahren –, die vom Datenverantwortlichen

oder einer anderen Stelle, die öffentliche Aufgaben wahrnimmt, oder unter deren Beteiligung durchgeführt werden, als Beweismittel aufbewahrt werden müssen, bis diese Untersuchung oder dieses Verfahren endgültig und rechtskräftig abgeschlossen ist,

- die Daten aufgrund der Rechtswidrigkeit der Datenverarbeitung gelöscht werden müssten, aber zur Erfüllung der in § 12 Abs. 2 festgelegten Dokumentationspflicht bis zu dem in § 25/F Abs. 4 festgelegten Zeitpunkt aufbewahrt werden müssen.

Unterliegt die Datenverarbeitung einer Einschränkung, dürfen personenbezogene Daten mit Ausnahme der Speicherung nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Durchsetzung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte anderer natürlicher oder juristischer Personen oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden. Bei Aufhebung der Beschränkung der Datenverarbeitung informiert das Unternehmen die betroffene Person vorab über die Aufhebung der Beschränkung der Datenverarbeitung.

8.5. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)

Das Unternehmen löscht die Daten der betroffenen Person ohne unangemessene Verzögerung, sofern nicht in Rechtsakten der Europäischen Union oder in Gesetzen etwas anderes bestimmt ist, wenn

- die Datenverarbeitung unrechtmäßig ist, insbesondere wenn die Datenverarbeitung
 - den festgelegten Grundsätzen widerspricht,
 - ihr Zweck weggefallen ist oder die weitere Verarbeitung der Daten für die Erreichung des Zwecks der Datenverarbeitung nicht mehr erforderlich ist,
 - die in einem Gesetz, einem internationalen Vertrag oder einem verbindlichen Rechtsakt der Europäischen Union festgelegte Frist abgelaufen ist oder
 - die Rechtsgrundlage entfallen ist und es keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten gibt,
- die betroffene Person ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung widerruft oder die Löschung ihrer personenbezogenen Daten beantragt, es sei denn, die Datenverarbeitung beruht auf § 5 Abs. 1 Buchstabe a oder c oder Abs. 2 Buchstabe b des Info-tv.,
- die Löschung der Daten durch Rechtsvorschriften, Rechtsakte der Europäischen Union, die Behörde oder ein Gericht angeordnet wurde oder
- die in § 19 Abs. 1 Buchstaben b) bis d) des Info tv. festgelegte Frist abgelaufen ist.

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche entscheidet über den Antrag der von der Datenverarbeitung betroffenen Person auf Ausübung ihrer Rechte so schnell wie möglich, spätestens jedoch innerhalb von 25 Tagen, und benachrichtigt die von der Datenverarbeitung betroffene Person schriftlich – sofern sie ihren Antrag elektronisch gestellt hat, auch elektronisch.

Der Datenverantwortliche erfüllt seine Aufgaben im Zusammenhang mit der Ausübung der Rechte der von der Datenverarbeitung betroffenen Person – mit Ausnahme der in der DSGVO und im Gesetz festgelegten Ausnahmen – kostenlos.

9. Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten

Die von der Datenverarbeitung betroffene Person kann

- der Datenverantwortliche die Ausübung der Rechte der betroffenen Person einschränkt oder ihren Antrag auf Ausübung dieser Rechte ablehnt, eine Untersuchung durch die Nationale Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (NAIH, 1055 Budapest, Falk Miksa utca 9-11., ugyfelszolgalat@naih.hu) beantragen, um die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen des Datenverantwortlichen zu überprüfen,
- Wenn Sie der Ansicht sind, dass der Datenverantwortliche bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die in den Rechtsvorschriften oder in einem verbindlichen Rechtsakt der Europäischen Union festgelegten Vorschriften zur Verarbeitung personenbezogener Daten verstößt, können Sie die Durchführung eines Datenschutzverfahrens durch die NAIH beantragen oder sich an ein Gericht wenden.

Im letzteren Fall kann die von der Datenverarbeitung betroffene Person entscheiden, ob sie ihre Klage beim Gericht ihres Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes einreicht.